

**Rede
des Fraktionssprechers für Inneres und Sport**

Ulrich Watermann, MdL

zu TOP Nr. 3 a)

Aktuelle Stunde

**Der Rechtsstaat muss für alle gelten – aktuelle
Sozialbetrugsfälle lückenlos aufklären und klare
Konsequenzen ziehen**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 17/7314

während der Plenarsitzung vom 01.02.2017
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Überschrift dieses Antrages zur Aktuellen Stunde sagt ganz deutlich: Der Rechtsstaat fordert ein, da konsequent zu ahnden, wo Sozialmissbrauch betrieben wird von denen, die Leistungen erschleichen, oder von denen, die Zahlungen als Anbieter fälschlicherweise beziehen, und auch mit denjenigen genauso konsequent umzugehen, die dazu beitragen, indem sie Wissen, über das sie verfügen, nicht weitergeben. Das ist für Sozialdemokraten vollkommen klar.

Ich sage Ihnen, Herr Birkner: Da brauchen wir keine Belehrungen – weder von CDU noch von der FDP.

Zu unserem Rechtsstaatsverständnis gehört allerdings auch etwas anderes. Vielleicht sollten Sie sich das als Liberale vor Augen führen: Da gibt es jemanden, der verdächtig ist. Gegen ihn wird ermittelt.

Da wird gegen jemanden ermittelt. Der Verdacht steht jetzt im Raum. Dann gibt es eine Justizinstanz, eine Disziplinarinstanz, die feststellt, was gewesen ist. Erst dann, wenn das festgestellt ist, kann man davon ausgehen, dass dies auch stattgefunden hat. Punkt 1.

Punkt 2.

Wenn es jemanden gibt, der über Wissen verfügt hat, dieses aber möglicherweise nicht weitergegeben hat, dann wird auch gegen ihn ermittelt und dann wird auch bei ihm geprüft, ob es den Tatsachen entspricht, dass er dies nicht getan hat.

Mein Wissen – ich würde gern von Ihnen hören, woher Sie ein anderes haben – ist, dass das jetzt passiert, dass in dem Fall, in dem unterstellt wird, dass jemand sein Wissen nicht weitergegeben hat, ein Disziplinarverfahren läuft und eine strafrechtliche Bewertung erfolgt.

Wenn das abgeschlossen ist, dann kann ich feststellen, ob dieser Tatbestand stattgefunden hat.

Sie durchlöchern die Rechtsstaatlichkeit, indem Sie Dinge voraussetzen, die bis jetzt nur ein Verdacht sind.

Ich werde in keinem Fall irgendjemandem, der sich bei einem anderen Tatbestand, der diesen Staat auch schädigt – nämlich bei Steuerbetrug –, gegen den Ankauf von Steuer-CDs ausspricht, unterstellen, etwas unterdrücken zu wollen, meine Damen und Herren.

Sie sollten gelegentlich einfach einmal die Kirche im Dorf lassen. Es ist ein klares Verfahren. Es gibt vielfachen Sozialmissbrauch. Es gibt vielfachen Steuerbetrug. Dem muss nachgegangen werden.

Hier ist ein Verfahren im Gang, nicht mehr und nicht weniger. Sie wollen hier politisches Kapital schlagen. Sie unterstützen die AfD und andere damit. Ich sage Ihnen: Das wird Ihnen nicht gelingen.